

**Pressemitteilung zum 2. Fachpolitischen Abend des Netzwerkes „ Stadtentwicklung in Halle“ am 05.09. 2013 um 19.00 Uhr im ERDGAS Sportpark Halle**

Ansprechpartner:

Dr. Michael Schädlich / Frau Steinhart, isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung – 0345/ 52 13 60

**Wohnraumförderung in Sachsen-Anhalt neu denken**

Nur jede 10. Wohnung ist barrierearm – so die Schätzung von Wohnungsunternehmen im Rahmen einer Befragung des isw Institutes für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung in den 42 Stadtumbaustädten des Landes. Die befragten kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften sehen im eigenen Bestand folglich am häufigsten Anpassungsbedarf im Hinblick auf die barrierearme Zuwegung und Wohnumfeldgestaltung, Aufzugseinbauten und den generationengerechten Innenausbau. Entsprechend plädieren dann auch fast drei Viertel der Befragten dafür, derartige Maßnahmen zum Schwerpunkt der zukünftigen Wohnungsbauförderung in Sachsen-Anhalt zu machen.

Diese und weitere Ergebnisse der Umfrage wurden auf dem gestrigen 2. Fachpolitischen Abend des Netzwerkes „Stadtentwicklung in Halle“ von Netzwerkvertreter Ernst Isensee, Vorstand der Bau- und Wohnungsgenossenschaft Halle-Merseburg eG vorgestellt. Angesichts der Zuweisung von jährlich 24 Mio. Euro an Bundesmitteln für die Wohnungsbauförderung des Landes, wollte man an dem Abend gezielt mit Landtagsabgeordneten über die weitere Ausgestaltung der Wohnungsbauförderung in Sachsen-Anhalt ins Gespräch kommen. Eingeladen waren auch Stadträte, die sich für Fragen der Stadtentwicklung interessieren, ein Thema, das eng mit zentralen Aspekten des Wohnens in Halle verbunden ist.

Aktuell werden vom Land über das Programm Sachsen-Anhalt MODERN zinsverbilligte Darlehen zur energieeffizienten und altengerechten Wohnungsmodernisierung angeboten. Diese wurden in den letzten zwei Jahren nur von 10 % der befragten Wohnungsunternehmen in Anspruch genommen, was zeigt, dass hier Änderungs- oder Anpassungsbedarf besteht. Wichtig wäre z.B. zu einem Förderansatz zu finden, der auch Zuschusskomponenten enthält, weil viele Maßnahmen der generationengerechten Bestandsanpassung unrentierlich sind und über Mieterhöhungen auch angesichts der zu erwartenden Einkommen zukünftiger Rentengenerationen nur bedingt aufgefangen werden können. Auch die partielle Entkoppelung von generationengerechter Anpassung und energetischer Sanierung wird von den Unternehmen angeregt. Dies wird vor allem auch damit begründet, dass die seit der Wende bereits einmal sanierten Bestandswohnungen im überregionalen Vergleich bereits gute Dämmwerte aufweisen.

Wohnungsbauförderung ist angesichts der Debatten über bezahlbares Wohnen, generationengerechte Anpassung und Fragen des Klimaschutzes mittels energetischer Sanierungen landab und landauf wieder zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Wir hoffen, dass das auch seinen Niederschlag in den weiteren Debatten zur Ausgestaltung der Wohnungsbauförderung des Landes seinen Niederschlag findet, so Netzwerkmoderator Michael Schädlich.